

An die
Dortmunder Medien

27. Juli 2006

Pressemitteilung
SPD und Grüne zur Ratssondersitzung: „überflüssige Geldverschwendung“

Als vollkommen überflüssig und als sinnlose Geldverschwendung bezeichnen SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN den CDU-Antrag zur Einberufung einer Ratssondersitzung zum Dortmunder U am 10. August. Bereits drei Wochen später, am 31. August, findet die nächste reguläre Ratssitzung statt. Es ist problemlos möglich, die von der CDU aufgeworfenen Fragen dort zu beantworten. „Eine Sondersitzung zwei Tage nach dem Ende der Schulferien ist überflüssig und eine Verschwendung von Steuermitteln“, stellt SPD-Fraktionsvorsitzender Ernst Prüsse fest. Aber offenbar will CDU-Fraktionschef Hengstenberg das von ihm angezettelte Sommertheater mit einer Sondersitzung zu seinen Ehren krönen.

SPD und GRÜNE wollen weiterhin alles tun, um Dortmund wirtschaftlich und kulturell voran zu bringen. Wir werden nicht hinnehmen, wie eines der wenigen stadtbildprägenden Gebäude mit historischer Bedeutung immer weiter verfällt. Diese Einschätzung teilt auch die Bevölkerung, wie aktuelle Umfragen zeigen. Deshalb muss sich die Stadt darum bemühen, den U-Turm zu erhalten und einer angemessenen Nutzung zuzuführen. Natürlich wäre es schön, wenn sich private Investoren daran beteiligen würden. Allerdings hat auch die CDU noch niemanden gefunden, der den U-Turm umnutzen will. Deshalb muss die Stadt selbst aktiv werden.

Die Aufforderung der CDU, nicht nur zum jetzigen Zeitpunkt, sondern für alle Zeiten von den Planungen für ein Museum im U-Turm Abstand zu nehmen, sind absurd. Bekanntlich wurden bereits auf der Grundlage von Ratsbeschlüssen Förderanträge gestellt, um diesem Ziel näher zu kommen. Diese sind bisher weder positiv noch abschlägig beschieden worden. Hengstenbergs Versuche, über seine ministeriellen Kontakte einen ablehnenden Förderbescheid vorweg zu nehmen sind destruktiv und kein Anlass, von gefassten Beschlüssen Abstand zu nehmen.

...

Nicht zuletzt durch den Architektenwettbewerb ist deutlich geworden, dass der U-Turm für eine Museumsnutzung hervorragend geeignet ist. Andere Nutzungen sind sehr schwierig und mit großem Aufwand zu realisieren.

Der Plan, das Ostwall-Museum in den U-Turm zu verlagern, bleibt also richtig.

Im Übrigen gibt es rot-grüne Beschlüsse, die darauf verweisen, dass auch ein schrittweiser Ausbau des U-Turms zu prüfen ist. Diese Variante sollte nicht aus den Augen verloren werden, sofern Fördermittel zur Verfügung gestellt werden. Ohne die beantragten Landeszuschüsse lässt sich das Projekt jedoch nicht finanzieren. Die CDU sollte deshalb ihre Kontakte nach Düsseldorf nutzen, damit ihre Landesregierung den Antrag der Stadt bewilligt. Aber auch hier fällt sie Dortmund in den Rücken: sie tut alles, um die Pläne der Stadt zu torpedieren.

Heftige Kritik übt Fraktionssprecher Mario Krüger an der neuesten Position der CDU zur Museumslandschaft. Herr Hengstenberg macht Rot-Grün das durchsichtige Angebot, auf einen Ausbau des Ostwall-Museums in dieser Wahlperiode zu verzichten, wenn die Ratsmehrheit einem Museum im U-Turm dauerhaft eine Absage erteilt. Haushaltsmittel stehen im Übrigen für einen Ostwallmuseumsausbau nicht bereit. Hiermit stellt sich die CDU ein Armutsergebnis aus und verabschiedet sich endgültig aus der kulturpolitischen Diskussion. Die Zukunft der Museumslandschaft ist ihr offensichtlich vollkommen egal. Auch auf einen Beitrag Dortmunds zur Kulturhauptstadt Ruhr 2010 will sie verzichten. Einziges Ziel der CDU ist, das Projekt U-Turm stoppen. Damit entlarvt sich die CDU mal wieder als das, was sie immer schon war: Populismus Pur auf Stammtisch-Niveau, keine eigenen konstruktiven Vorschläge im Sinne einer vorwärtsweisenden Stadtentwicklung.

Denn was bei der CDU bislang völlig fehlt, ist ein alternativer Vorschlag für die Nutzung des U-Turms, der über „Spritzbeton und Klinker“ hinausgeht. Dass es damit nicht getan sein kann, sollte auch der Oppositionsfraktion klar sein.

Was den Ankauf der Brachfläche angeht, so macht es für SPD und GRÜNE durchaus Sinn zu überlegen, ob die Stadt eigene Einrichtungen auf diesem Gelände unterbringt und dazu evtl. auch als Grundstücksaufkäufer in Erscheinung tritt. Inwieweit dies tatsächlich passiert, hängt zum einen von den Preisvorstellungen der jetzigen Inhaber und zum anderen von einem realistischen und wirtschaftlichen Nutzungskonzept ab.

Insofern ist zum jetzigen Zeitpunkt über dieses gesamte Flächenareal keine Entscheidung zu treffen. Auf jeden Fall muss noch einmal sorgfältig geprüft und abgewogen werden, welche Möglichkeiten überhaupt bestehen, das Grundstück zu erwerben, ob ausreichend Haushaltsmittel zur Verfügung stehen und nicht zuletzt, ob und wie viele Berufskollegs evtl. auf dieser Flächen untergebracht werden können. Damit ist die Nutzungsproblematik jedoch insgesamt noch nicht gelöst. SPD und Grüne erinnern daran, dass es nach wie vor Pläne gibt, auf der Fläche ein „Wohnboulevard“ unterzubringen. Die Verhandlungen über ein solches Nutzungskonzept stagnieren, sind aber noch nicht aufgegeben worden. Vorstellbar wäre also auch eine Mischung aus privater und öffentlicher Investitionstätigkeit.

„Die CDU versucht zur Zeit in populistischer Weise Sparpolitik für sich zu proklamieren, lässt dabei aber außer Acht, dass jede städtische Investition – also auch eine Investition in den U-Turm - eine Investition für Arbeitsplätze und Wirtschaftsförderung in unserer Stadt ist“, und deshalb kann Ernst Prüsse anlässlich dieser Blockadehaltung nur den Kopf schütteln.

SPD und Grüne werden in aller Ruhe und mit der nötigen Sorgfalt eine Konzeptvorstellung entwickeln, wie sowohl die Brache am U-Turm, als auch die Brache an der Kronenbrauerei sinnvoll genutzt werden kann. Dies wird mit der Frage einer sinnvollen Berufskollegansiedlung verknüpft werden, so dass am Ende eine planvolle Investitionstätigkeit erkennbar und vertretbar sein wird.